

Information

Liebe Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Information der Deutschen Justiz-Gewerkschaft wird an alle Beschäftigten in der Justiz versandt, da die Informationen aus unserer Sicht alle betreffen.

In unserer letzten Mitgliederinformation teilten wir mit, dass der Landesverband ein **Positionspapier** mit den brennendsten Herausforderungen in der Brandenburger Justiz erstellen wird. Es ist geschafft. Das Positionspapier ist Ende April dem Minister für Justiz und Digitalisierung, Herrn Dr. Grimm, und Anfang Mai allen Obergerichtspräsidentinnen und Obergerichtspräsidenten, dem Generalstaatsanwalt, dem Direktor des ZenIT, dem Leiter der Justizakademie, dem dbb Brandenburg und den Fraktionsvorsitzenden der im Landtag vertretenen Parteien zugesandt worden. Wir werden mit allen Verantwortlichen in den Austausch gehen und Lösungen für die im Positionspapier aufgeführten Probleme finden. Unser Positionspapier wurde allen Mitgliedern der Deutschen Justiz-Gewerkschaft zugestellt und wird demnächst auf unserer Homepage veröffentlicht.

Treffen mit Minister Dr. Grimm

Am 27. Mai 2025 fand das erste Treffen mit unserem neuen

Justizminister statt. Wir haben aktuelle Themen rund um die Arbeitsbedingen in der Brandenburger Justiz besprochen. Dabei war es dem Landesvorstand wichtig, auf die angespannte Personal- und Aufgabensituation im **Justizwachtmeisterdienst** hinzuweisen. An einigen Beispielen konnte Minister Dr. Grimm verdeutlicht werden, dass die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal nicht ordnungsgemäß bewältigt werden können. Oft leidet es an fairen Arbeitsbedingungen bzw. auch an der Ausstattung. Aufgrund der angespannten Brandenburger Haushaltslage ist es der Justiz nicht möglich, notwendige Stellen zu schaffen. Minister Dr. Grimm betonte, dass der Rechtsstaat als Ganzes betrachtet werden müsse. Das schließt die Justiz eindeutig mit ein. Der Bedarf an Justizwachtmeistern richtet sich nach der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeitenden eines Gerichts. Bisher erfolgte im Personalbedarfsberechnungssystem keine Berücksichtigung der Tätigkeiten des Justizwachtmeisterbereichs, insbesondere auch nicht die Veränderungen der Arbeitsaufgaben in Bezug auf die e-Akte. So soll die Länderarbeitsgruppe III einen Vorschlag für einen Fragenkatalog für die Personalbedarfsberechnung

vorlegen. Dies teilte der
Abteilungsleiter 1 am 4. Oktober 2024
auf Nachfrage mit. Der Minister teilte
nun mit, dass der Landesvorstand
dazu im Nachgang zu diesem
Gespräch informiert wird und dass eine
PEBB§Y Vollerhebung im Jahr 2027
durchgeführt wird.

Die Verrechnung von Entgeltbestandteilen im Zuge der korrigierenden Eingruppierung

wurde ebenfalls thematisiert. Wir
haben in der letzten Mitglieder-
information darüber berichtet, dass der
Landesvorstand eine Anfrage an den
Justizminister gestellt hat. Er ließ
mitteilen, dass die ZBB „... seit Jahren
nach der sog.

Differenzberechnungsmethode“
Entgeltbestandteile verrechnet. „Diese
Berechnungsmethode wird zurzeit vor
dem Arbeitsgericht einer gerichtlichen
Prüfung unterzogen.“ Auf Nachfrage,
wie sich das Justizministerium im Falle
eines Vergleichs positionieren wird,
erklärte der Minister, dass das
Ministerium der Finanzen und für
Europa das Verfahren führt und sich
nach Beendigung dazu äußern wird.
Der Landesvorstand richtete an den
Minister den dringenden Appell,
gerichtliche Klagen der Beschäftigten
unbedingt zu verhindern.

In diesem Zusammenhang wurde auch
die **Evaluation der
Arbeitsgerichtsstrukturreform**
angesprochen. Die bereits im Jahr
2024 stattgefundenene Auswertung
wurde zwar abgeschlossen, jedoch
nicht veröffentlicht. Nunmehr soll eine
neue Evaluation erfolgen. Der
Landesvorstand, der die
Arbeitsgerichtsstrukturreform intensiv
begleitet und für den Erhalt des

größten Arbeitsgerichts im Land
Brandenburg gekämpft hat, regte an,
die Auswirkungen auf die
Beschäftigten und Bürger (im Hinblick
auf die geänderten Gerichtsbezirke),
die Reisekosten des richterlichen
Dienstes, die Gerichtstage, die
Verfahrensdauer und die Situation der
Rechtsantragsstellen an den
Standorten der Gerichtstage zu
evaluieren. Dabei geht es der DJG
nicht um die Rückabwicklung der
Reform. Der Minister stellte dem
Landesvorstand seine Vorstellungen
einer schlanken Evaluation vor und
wies daraufhin, dass die DJG die
Möglichkeit bekommt, sich
einzubringen.



Der Umzug der **Sozialen Dienste
Potsdam** verzögert sich ein weiteres
Mal. Seit 2022 soll der Dienstsitz in die
Liegenschaft der Landesregierung
Brandenburg umziehen. Laut Auskunft
des Ministers ist geplant, dass die
Sozialen Dienste Potsdam im
September 2025 die neuen
Räumlichkeiten nutzen können. Zurzeit
verzögert sich der Umzug, weil die
Zufahrt durch eine Baustelle am
Leipziger Dreieck blockiert wird.
Ein zentrales Thema bei den Sozialen
Diensten ist die **Einführung der
Fachanwendung LSI-R**. Bereits im
vergangenen Jahr wurde das Thema

mit der damaligen Justizministerin besprochen. Die Fachanwendung LSI-R entspricht nicht mehr dem neuesten Stand der Forschung und kann somit keine aktuellen und fundierten Erkenntnisse zur Risikobewertung liefern. Die Nutzung des LSI-R in Papierform und die fehlende Digitalisierung stellen einen signifikanten **Rückschritt zur** bereits im Fachverfahren SOPART eingeführten **elektronischen Akte** dar. Da der Minister auch für die Digitalisierung zuständig ist, hat der Landesvorstand drauf hingewiesen, dass die Einführung der elektronischen Akte nicht bei den Sozialen Diensten Halt machen darf. Er sicherte zu, sich die Gründe, die für LSI-R sprechen, noch einmal anzuschauen und den Landesvorstand darüber zu informieren.

Der Landesvorstand bedankt sich bei Minister Dr. Grimm für die Möglichkeit der gegenseitigen Vorstellung und vereinbarte bereits einen weiteren Termin in diesem Jahr.

Das Gespräch fand in einer sehr wertschätzenden Atmosphäre und auf Augenhöhe statt.

Der Minister erklärte: „Gerade im Austausch mit der Gewerkschaft und ihrer Vorsitzenden wird deutlich, wie wichtig die direkte Kommunikation und die stetige Zusammenarbeit sind, um Schritt für Schritt Verbesserungen für die Beschäftigten in der Justiz zu erreichen.“

Justizpolitisches Frühstück auf Einladung der CDU Landtagsfraktion

Auf Einladung der CDU Landtagsfraktion nahm unsere stellvertretende Vorsitzende, Petra Schmidt, am justizpolitischen Frühstück am 4. Juni 2025 im Brandenburger Landtag teil. Dabei **verwies sie auf die verfassungswidrige Besoldung der Beamtinnen und Beamten** in der Brandenburger Justiz, auf die angespannte Personalsituation in allen Diensten, auf den demografischen Wandel, auf die nicht ausreichende Sicherheit von Justizbeschäftigten und auf die Schwierigkeiten bei der Einführung der elektronischen Akte.



Der rechtspolitische Sprecher, Danny Eichelbaum, versicherte, wie wichtig ihm der Austausch und Dialog mit der Gewerkschaft ist. Frau Schmidt nutzte die Gelegenheit, auch Herrn Eichelbaum das Positionspapier der DJG zu überreichen.

Wir engagieren uns auch weiterhin in der Politik, um die Rahmenbedingungen im Sinne der Justizbeschäftigten zu beeinflussen.

In eigener Sache:

Der Landesverband der Deutschen Justiz-Gewerkschaft hat am 3. November **Geburtstag** und wird 35



Jahre alt. Wir können auf bewegte Jahre zurückblicken und werden dieses besondere Ereignis

feiern.

Unsere **Ehrenvorsitzende** und gleichzeitiges **Gründungsmitglied Sabine Wenzel** wird allen Gästen einen besonderen Rückblick auf unsere Geschichte geben. Der Justizminister kommt auch. Wir stecken mitten in den Vorbereitungen und freuen uns auf viele Zusagen auf unseren bereits versandten Save-the-date. Aber keine Sorge! Wer noch nicht zugesagt hat, bekommt mit der Einladung, die im Juli an alle Mitglieder versendet wird, eine weitere Gelegenheit.

Lass dir die Feier nicht entgehen!

Es gibt viele Überraschungen.



Interessante Links:

[Wer Akten in den Fluss wirft, darf entlassen werden](#)

[OLG: Verteidiger druckt 7.000-seitige Digitalakte aus](#)

[Hamburg und Rheinland-Pfalz: Roben für Rechtspfleger](#)

Du möchtest jetzt deine Teilnahme an unserer Geburtstagsfeier oder eine Anregung mitteilen?



vorsitz@dig-brandenburg.de



Herzliche Grüße

**Eure
Patricia Schreier**



Homepage



Facebook



WhatsApp